



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM**61,37 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS**20,12 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

PERSON DES TAGES**Karl Gruber**

Der Geschäftsführer von Wien Energie ist für eine dritte fünfjährige Amtszeit wiederbestellt worden, die im März 2026 beginnt. Noch nichts Neues gibt es über den Vorsitzenden der Geschäftsführung, Michael Strebl, dessen aktuelles Mandat im September 2026 enden dürfte.

MOBILITÄT

Forschende: Bei Verkehrswende differenzieren

SMARTER E

Bidirektionales Laden als ein Messe-Schwerpunkt

ENERGIEERZEUGUNG

EnBW will auch in Karlsruhe Gasblock bauen

Inhalt

TOP-THEMA

→ **RECHT:** Stadtwerk zieht Berufung in Millionenklage zurück

POLITIK & RECHT

- **MOBILITÄT:** Forschende: Bei Verkehrswende differenzieren
- **POLITIK:** Reiche gibt Aufsichtsratsposten zurück
- **POLITIK:** Stühlerücken im Wirtschaftsministerium
- **KLIMASCHUTZ:** Klimadiplomatie wandert ins SPD-Umweltministerium

HANDEL & MARKT

- **SMARTER E:** Bidirektionales Laden als ein Messe-Schwerpunkt
- **PHOTOVOLTAIK:** Durchschnittlicher Zuschlagswert für PV-Freifläche sinkt
- **STROMPREISE:** Rauf und runter wie lange nicht
- **REGENERATIVE:** Prognose 2025: Sonnenstrom überholt Braunkohle

TECHNIK

- **ENERGIEERZEUGUNG:** EnBW will auch in Karlsruhe Gasblock bauen
- **STROMNETZ:** Agorameter liefert Stromdaten zu 22 Netzzonen

UNTERNEHMEN

- **VERTRIEB:** Auch Macquarie soll Smart Meter für Octopus finanzieren
 - **BILANZ:** Teag hält 2024 Umsatz und Dividende stabil
 - **WIRTSCHAFT:** Powercloud-Mutter weiter auf Einkaufstour in Baden
 - **GAS:** Sefe zahlt 450 Millionen Beihilfen an Bund zurück
 - **PERSONALIE:** Wien Energie: Einer der Chefs wiederbestellt
 - **STATISTIK DES TAGES:** Anzahl der Marktlösungen von Strom-Endverbrauchern
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Energiekomplex zeigt sich am Freitag im Plus
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Stadtwerk zieht Berufung in Millionenklage zurück



Quelle: Fotolia / H-J Paulsen

RECHT. Rechtsmittel zurückgezogen: Bei den Stadtwerken Bietigheim-Bissingen schwinden offenbar die Hoffnungen, frühere Mitarbeitende für Millionenverluste aus 2020 in Regress zu nehmen.

Ein Urteil des Arbeitsgerichts Stuttgart aus dem November 2024 hat nun Bestand: Die Stadtwerke Bietigheim-Bissingen haben die Berufung in ihrem gegen eine ehemalige Prokuristin und Abteilungsleiterin angestregten Fall (Aktenzeichen: 12 Ca 205/24) zurückgezogen, teilt das Landesarbeitsgericht für Baden-Württemberg auf Anfrage dieser Redaktion mit.

Der Versorger aus dem Kreis Ludwigsburg wollte die im August 2021 ausgeschiedene Mitarbeiterin eigentlich für mindestens 4,7 Millionen Euro Schaden haftbar machen. Das Landesarbeitsgericht war die übergeordnete Gerichtsbarkeit in der Sache, muss aber nun die erstinstanzliche Entscheidung nicht mehr aufgreifen.

Warum die Stadtwerke Bietigheim-Bissingen keine Erfolgsaussichten mehr sehen und die Berufung zurücknahmen, war zunächst nicht in Erfahrung zu bringen. Der Versorger wolle sich erst mit einigen Tagen Bedenkzeit äußern, teilte ein Sprecher der Stadtwerke auf Anfrage dieser Redaktion mit.

Drei Ex-Beschäftigten gescheiterte Limit-Geschäfte vorgeworfen

Vor dem Arbeitsgericht waren die Stadtwerke mit drei Klagen vorstellig geworden. Die weiteren Fälle betrafen zwei andere Beschäftigte des Energieeinkaufs. In Summe ging es in den Prozessen um einen Schaden von 12,8 Millionen Euro, der durch ungünstig verlaufene Limit-Geschäfte im Jahr 2020 eingetreten sein soll. Industriekunden hatten demnach Strom bei den Stadtwerken zu einem Kurs bestellen können, den der Versorger beim späteren – und viel teureren – Beschaffen der Mengen weit ins Minus gedrückt hatte.

Allerdings war das Arbeitsgericht zu der Auffassung gelangt, die Verantwortung für das Millionenloch sei gar nicht bei den drei Beschuldigten zu suchen (wir berichteten). Weder seien Limit-Geschäfte in Bietigheim-Bissingen unüblich, noch hätten sie an der Geschäftsführung vorbei erfolgen können.

Wenn Letzteres doch der Fall gewesen sei, dann trägt allerdings nach Ansicht des Gerichts der Versorger die Verantwortung. Denn die Beschaffungspraxis war laut Richtlinien einmal pro Quartal von der

Geschäftsführung zu prüfen. Heißt: Eine derart defizitäre Strombeschaffung hätte der obersten Ebene auffallen müssen.

Das Landesarbeitsgericht erklärte ferner, aktuell keine weiteren Berufungen in diesem Zusammenhang vorliegen zu haben. Das würde bedeuten, dass die beiden anderen Verfahren nach den Urteilen des Arbeitsgerichts im vergangenen Jahr rechtskräftig beendet sind. Die zwei von den Stadtwerken verklagten Mitarbeitenden hätten demnach ebenfalls keinen Schadenersatz zu leisten. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / Aun Photographer

Forschende: Bei Verkehrswende differenzieren

MOBILITÄT. Ein neuer Monitoringbericht beleuchtet den Stand und die Perspektiven erneuerbarer Energieträger im Verkehrssektor – mit Blick auf die Klimaneutralität bis 2045.

Im aktuellen Monitoringbericht „Erneuerbare Energien im Verkehr“ analysieren Forschende den Fortschritt der Energiewende im Verkehrssektor. Beteiligt sind das Deutsche Biomasseforschungszentrum (DBFZ), das Technologie- und Förderzentrum (TFZ) im bayerischen Straubing, die TU Hamburg (TUHH), das Paul-Scherrer-Institut (PSI) im schweizerischen Villigen und das Fraunhofer-Zentrum für Chemisch-Biotechnologische Prozesse (CBP) in Leuna. Im Fokus stehen dabei sowohl biomasse- als auch strombasierte Kraftstoffe sowie erneuerbarer Strom – jeweils im Kontext eines sich wandelnden Rahmens.

Einleitend gibt der Bericht einen Ausblick auf künftigen Bedarf und Verfügbarkeit erneuerbarer Energieträger. Er stellt den Status quo der Verkehrsinfrastruktur, den Rechtsrahmen und die politischen Ziele dar und ergänzt diese um eine ökologische und ökonomische Bewertung. Die Publikation baut auf den früheren DBFZ-Berichten Nummer 11 (2019) und Nummer 44 (2022) auf und wird ausschließlich digital veröffentlicht.

Aus Sicht der Forschenden ist die Elektrifizierung aufgrund hoher energetischer Effizienzvorteile in sämtlichen Verkehrsbereichen zu bevorzugen. Gleichwohl werde es auch 2045 noch nicht möglich sein, alle Verkehrssegmente vollständig zu elektrifizieren. Für diese Bereiche empfiehlt der Bericht gezielt den Einsatz erneuerbarer Reinkraftstoffe. Allerdings sei die Herstellung solcher Kraftstoffe aufgrund begrenzter Rohstoff-Verfügbarkeit herausfordernd. Von Seiten der Forschungsinstitute heißt es, dass neue Technologien und bislang kaum genutzte Ressourcen nötig seien, um den künftigen Bedarf zu decken.

Parallel dazu müsse die Elektrifizierung auch in schwer elektrifizierbaren Segmenten wie der Luft- und Schifffahrt vorangetrieben werden. Voraussetzung seien ein langfristiger regulatorischer Rahmen sowie Investitionen in Infrastruktur, Produktionskapazitäten und Forschung.

Europäische Lösungen notwendig, so die Studie

Aktuell werden dem Bericht zufolge in Deutschland mehr als 50 Millionen Fahrzeuge genutzt, von denen der Großteil mit Verbrennungsmotoren für fossile Kraftstoffe ausgestattet ist. Bis 2045 soll dieser Anteil stark sinken. Pkw, leichte Nutzfahrzeuge und Motorräder könnten laut Analyse fast vollständig batterieelektrisch betrieben werden. Für Lkw bis 18 Tonnen und im regionalen Schwerlastverkehr erscheine die Elektrifizierung ebenfalls realistisch.

Im überregionalen Verkehr würden hingegen Antriebe mit Wasserstoff-Brennstoffzellen, LNG oder synthetischen Dieselmotoren diskutiert. Welche Option sich letztlich durchsetzt, sei noch offen – europäische Lösungen seien notwendig, sagen die Forschenden.

Für Busse zeige sich ein ähnliches Bild: Elektrifizierung im Nahverkehr, erneuerbare Flüssigkraftstoffe im Fernverkehr. Bei mobilen Maschinen (NRMM) sei eine differenzierte Betrachtung je nach Leistungsanforderung nötig. Während sich kleinere Maschinenanwendungen elektrifizieren ließen, bleibe für leistungsstärkere Geräte der Einsatz von FT- und HVO-Diesel, also Diesel aus Synthesegas oder pflanzlichen Ölen, wahrscheinlich. In der Land- und Forstwirtschaft sei regional produzierter Pflanzenöl-Kraftstoff eine geeignete Option.

Der Schienenverkehr ist dem Bericht zufolge bereits weitgehend elektrifiziert. Der verbleibende Bedarf könne durch Batterie- oder Brennstoffzellen-Fahrzeuge sowie synthetischen Diesel gedeckt werden.

Luftfahrt und Schifffahrt gelten hingegen als besonders herausfordernd. Nur kleinere Einheiten könnten elektrifiziert werden, während der Großteil weiterhin auf erneuerbare Flüssigkraftstoffe angewiesen sei.

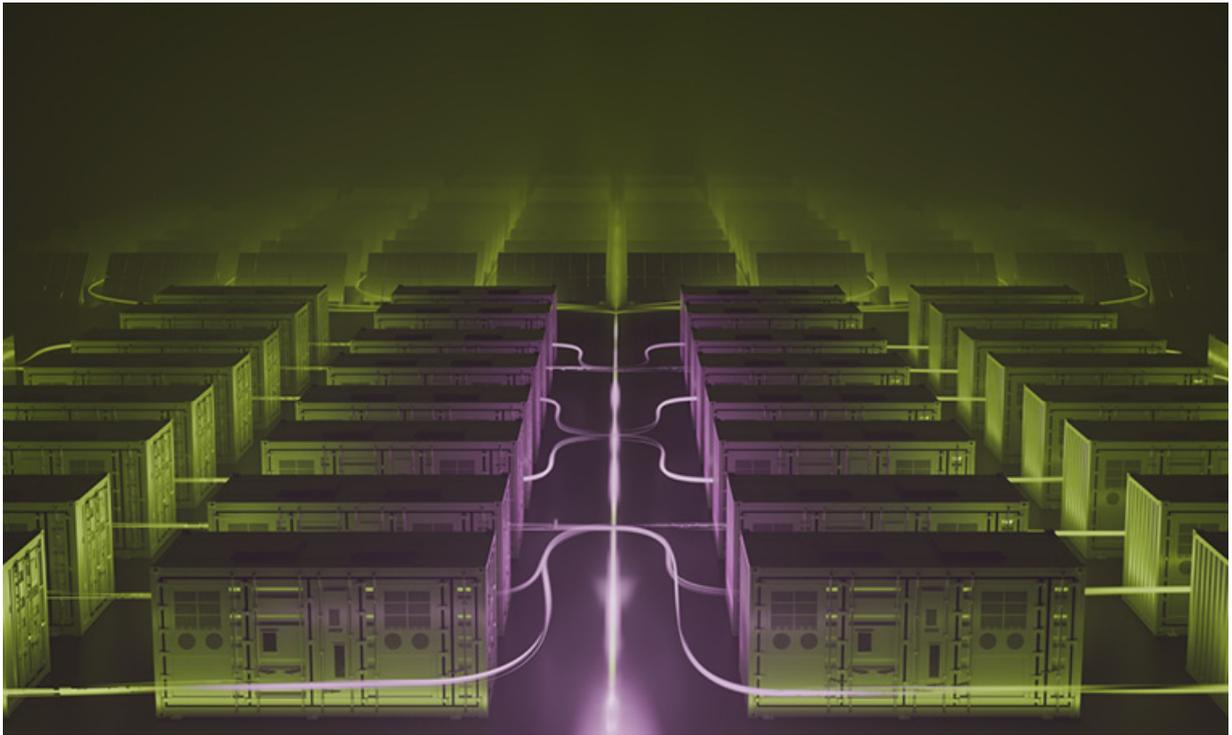
Die Verfasser des Reports halten es für denkbar, dass sich in Zukunft der Fokus von etablierten Optionen wie FAME (Fatty Acid Methyl Ester) oder Bioethanol hin zu flexibler einsetzbaren Kraftstoffen wie HVO, FT-Diesel oder synthetischem Kerosin verschieben, da diese auch für schwer elektrifizierbare Bereiche geeignet seien.

Zukünftige Optionen wie Ammoniak, Dimethylether (DME) oder Oxymethylenether (OME) werden ebenfalls diskutiert – befinden sich jedoch laut Bericht noch in einem frühen Entwicklungsstadium.

Der 205-seitige Monitoringbericht „**Erneuerbare Energien im Verkehr**“ steht zum Download auf der Internetseite des Deutschen Biomasseforschungszentrums zur Verfügung. // [VON FRITZ WILHELM](#)

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



Neue Einnahmequelle für Stadtwerke und Gewerbe

Für Stadtwerke, Gewerbe und Industrie sind Batteriespeicheranlagen eine lukrative Einnahmequelle – v.a. wenn sie am Energiehandel teilnehmen. Besonders hohe Erlöse erzielen sie, wenn sie mit mehreren Tradern gleichzeitig zusammenarbeiten. Das macht bisher nur Tesvolt Energy möglich.

Auf der ees Europe in München, Europas größter Fachmesse für Energiespeichersysteme, stellt sich der Batteriespeicheranbieter Tesvolt zusammen mit Tesvolt Energy vom 7. – 9.5. am Stand B2.110 vor.

[Jetzt Messetermin buchen!](#)

Reiche gibt Aufsichtsratsposten zurück



Quelle: Katherina Reiche Quelle: Westenergie AG

POLITIK. Katherina Reiche wurde wenige Tage vor ihrer Berufung zur Ministerin als Aufsichtsrätin des Projektierers „Ingrid Capacity“ vorgestellt. Nun kam der Rückzug. Aber musste sie auch?

Je nach Sichtweise kann man es unglücklich oder clever nennen. Am Freitag, 25. April, wurde vom schwedischen Batterieunternehmen „Ingrid Capacity“ mitgeteilt, dass Katherina Reiche dort einen Aufsichtsratsposten übernommen hat. Da waren die Gerüchte um ein Ministeramt für die Vorsitzende der Geschäftsführung des Eon-Tochterunternehmens Westenergie bereits in vollem Gange. Die Aufmerksamkeit daher groß.

Am Montag, 28. April, teilte die CDU dann auch offiziell mit, dass Reiche als neue Bundesministerin für Wirtschaft und Energie vorgesehen ist. Den Posten bei Ingrid Capacity gibt Reiche nun auf. Wie es in einer

Mitteilung des Unternehmens heißt, wurde Reiche bereits am „5. März in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung“ in das Aufsichtsratsgremium gewählt. Warum die Pressemitteilung dazu erst am 25. April dazu verschickt wurde, lässt die Erklärung von Ingrid Capacity offen.

Allerdings: Hätte Reiche den Posten trotzdem antreten können? Das Bundeswirtschaftsministerium verwies auf Anfrage der Redaktion auf den Paragraphen 5 des „Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung“. Dort ist eindeutig festgelegt, dass Mitglieder der Bundesregierung während ihrer Amtszeit „nicht dem Vorstand, Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören“ dürfen.

Allerdings heißt es weiter im Gesetz: „Der Bundestag kann Ausnahmen von dem Verbot der Zugehörigkeit zu einem Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat zulassen.“ Solche sind allerdings selten. Doch es gibt sie.

In einer Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion aus dem Jahr 2020 zum Thema an die damalige Bundesregierung wurden drei Fälle gelistet, wo Minister in halbstaatlichen Unternehmen saßen: Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (2002-2005) und Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe (2002-2005) sind als Gremiumsmitglieder der Deutschen Energie-Agentur (Dena) genannt. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (2011-2013) war in einem Gremium der Dena-Schwestergesellschaft Russisch-Deutsche Energie-Agentur vertreten.

Zudem saßen einige Minister und Ministerinnen in Gremien wie dem ZDF-Fernsehrat und vor allem bayerische Abgeordnete im Stadtrat oder Kreistag ihrer Heimatregion. // [VON STEFAN SAGMEISTER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Stühlerücken im Wirtschaftsministerium



Quelle: Fotolia / Tom-Hanisch

POLITIK. Wer kommt, wer geht im Bundeswirtschaftsministerium? CDU-Chef Friedrich Merz hat zwei neue Staatssekretäre benannt. Ein Grüner bereitet sich auf die Oppositionsarbeit vor.

Der Bald-Kanzler hat nicht nur für Ministeriumsspitzen bereits personalpolitische Fakten geschaffen. Für seine designierte Wirtschafts- und Energieministerin Katherina Reiche (CDU) hat Friedrich Merz zwei Parlamentarische Staatssekretäre benannt. Neu ins Haus kommen sollen die Parteikollegen Gitta Connemann und Stefan Rouenhoff.

Connemann ist seit dem Jahr 2002 für die CDU im Bundestag. Die gebürtige Ostfriesin soll Mittelstandsbeauftragte werden. Seit 2001 ist die Juristin Bundesvorsitzende der Parteigliederung „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“ (MIT) innerhalb von CDU und CSU.

Stefan Rouenhoff gehört seit 2017 dem Bundestag an. Er kommt aus Goch im Kreis Kleve (Nordrhein-Westfalen) und hat Volkswirtschaft studiert. Rouenhoff hat bereits berufliche Erfahrung im Bundeswirtschaftsministerium. Von 2012 an war er Referent im Pressereferat, Chef des Hauses war damals Philipp Rösler (FDP).

Eine neue Aufgabe hat der bisherige Parlamentarische Staatssekretär Michael Kellner (Grüne) übernommen. Er fungiert künftig als energiepolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Bundestag. „Mir ist es wichtig, dass die energiepolitischen Erfolge der letzten Legislatur fortgeführt und nicht durch Union und SPD abgewickelt werden“, teilte Kellner auf der Online-Plattform *Bluesky* mit.

Klare Ansage an Katherina Reiche

Auch an die designierte Chefin des Hauses richtete er eine Botschaft: „Ich beglückwünsche Katharina Reiche zur Nominierung als Wirtschaftsministerin. Als Ostdeutsche sollte sie die Chancen einer beschleunigten Energiewende erkennen und diese weiter voranbringen und nicht dem Fehler verfallen, wieder vor allem auf fossiles Gas zu setzen.“

Kellner folgt seiner Rolle als energiepolitischer Sprecher der Fraktion auf Ingrid Nestle, die nicht mehr für den Bundestag kandidiert hatte.

Nicht mehr zur Wahl in den Bundestag gestellt hatte sich auch Stefan Wenzel (Grüne), bisher als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsministerium zuständig für Energiepolitik und Klimaschutz. // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Klimadiplomatie wandert ins SPD-Umweltministerium



Quelle: Fotolia / bluedesign

KLIMASCHUTZ. In der künftigen Bundesregierung werden Zuständigkeiten neu geordnet. Die internationale Klimapolitik geht vom Außenressort ans Umweltministerium.

Das Auswärtige Amt gibt nach Angaben des designierten Außenministers Johann Wadephul (CDU) die Zuständigkeit für die Klimadiplomatie an das SPD-geführte Umweltministerium ab. Es werde „Reibungsverluste verringern, wenn die Zuständigkeit für die internationalen Klimaverhandlungen und -projekte jetzt von den Ressorts im BMU gebündelt werden“, sagte Wadephul der *Frankfurter Allgemeinen* (Samstag). Das Netzwerk von mehr als 50 Klimabotschaften und Energie- und Klimapartnerschaften in der ganzen Welt werde aber in enger Zusammenarbeit innerhalb der Bundesregierung genutzt.

Die sogenannte Klimaaußenpolitik war ein Steckenpferd der Grünen-Ministerin Annalena Baerbock. Das Auswärtige Amt nannte drei Säulen: Unterstützung der internationalen Klimapolitik, Auseinandersetzung mit den sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels sowie den Klimaschutz-Dialog mit dem Ausland. Über den Wechsel der Zuständigkeit hatte schon das Nachrichtenportal *Table Briefings* berichtet.

„Die neue Bundesregierung steht für eine Politik aus einem Guss“, sagte Wadephul der *FAZ*. Wenn sich das Auswärtige Amt unter seiner Führung in Zukunft stärker auf seine außen- und sicherheitspolitischen Kernkompetenzen fokussiere, schließe das natürlich auch Klimaaußenpolitik ein. Er sagte: „Denn Klimapolitik ist Sicherheitspolitik.“

Damit steht auch der Job der Deutsch-Amerikanerin Jennifer Morgan. Die ehemalige Greenpeace-Chefin ist seit März 2022 Staatssekretärin und Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik im Auswärtigen Amt.

// VON GEORG EBLE

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Solar Promotion GmbH

Bidirektionales Laden als ein Messe-Schwerpunkt

SMARTER E. Laut einer Studie wird der Flexibilitätsbedarf in Europa bis 2030 voraussichtlich doppelt so hoch sein wie heute. Bidirektionales Laden könnte teilweise Abhilfe schaffen.

Bidirektionales Laden bei E-Fahrzeugen könnte sich zu einem zentralen Baustein der Energiewende entwickeln – vorausgesetzt, technische und regulatorische Barrieren werden überwunden. Das geht aus zwei verschiedenen Studien hervor. Eine Studie des europäischen Branchenverbands Eurelectric in Zusammenarbeit mit der Beratungsgesellschaft EY zeigt beispielsweise, dass der Flexibilitätsbedarf in Europa bis 2030 voraussichtlich doppelt so hoch sein wird wie heute. Im Vergleich zu 2021 wird ein Anstieg um das 2,4-Fache auf Tagesbasis – von vormals 153 TWh – sowie um das 1,8-Fache auf Wochenbasis (von 137 TWh) erwartet.

Eurelectric und EY haben in der Studie das Potenzial bidirektionalen Ladens auch auf den einzelnen Elektromobilisten heruntergebrochen: Demnach könnte ein Besitzer eines Elektrofahrzeugs in Europa jährlich rund 450 bis 2.900 Euro sparen, indem er sowohl intelligentes als auch bidirektionales Laden nutzt – zeigt die Studie „**Plugging into potential**“ von Eurelectric und EY.

Trotz des Potenzials scheitert die Nutzung bidirektionaler Fahrzeuge hierzulande bislang am regulatorischen und folglich auch ökonomischen Rahmen, moniert etwa Bayernwerk Netz (wir berichteten). Der Regulierungsrahmen mache derzeit die Rückeinspeisung ins Netz für private Betreiber unattraktiv, beklagt der Verteilnetzbetreiber im Eon-Konzern.

Bayernwerk Netz rechnet beispielhaft vor: Würde ein Verbraucher an einem sonnigen Tag Strom zu einem Marktpreis von 0 Cent/kWh kaufen, müsste er dennoch rund 23 Cent/kWh an Umlagen und Abgaben zahlen. Ein wirtschaftlicher Rückverkauf wäre nur an wenigen Stunden im Jahr möglich.

Kostenreduktion auch auf Netzebene

„Forschungssimulationen zeigen, dass bidirektionale Fahrzeuge entscheidend für die Netzstabilität und den Übergang zu erneuerbaren Energien sind“, erklärt Frank Spennemann, Senior Manager Charging Solutions Energy bei Mercedes-Benz, laut einer Pressemitteilung der Messe Smarter E, die in Kürze startet. Laut einer

Studie der Fraunhofer-Institute ISE und ISI könnte Vehicle-to-Grid (V2G) die Strom-Systemkosten in Europa bis 2040 jährlich um bis zu 22 Milliarden Euro senken. Für Deutschland allein beträgt das Einsparpotenzial laut den Studienautoren jährlich rund 8,4 Milliarden Euro.

Die Studie analysierte verschiedene Szenarien zur Systemintegration von V2G. Bereits bei einer mittleren Marktdurchdringung könnten Pkw-Batterien bis zu 519 Milliarden kWh Strom pro Jahr ins Netz einspeisen – das entspricht 9 Prozent der prognostizierten EU-weiten Stromversorgung im Jahr 2040. In Hochlast-Zeiten könnten Elektrofahrzeuge 15 bis 20 Prozent des Strombedarfs abdecken. Der Bedarf an alternativen Flexibilitätsoptionen - wie stationären Speichern, Elektrolyseuren und CSP-Anlagen (Konzentrierende Solarthermie) - würde damit deutlich sinken.

Auf Verteilnetz-Ebene lassen sich durch V2G moderat niedrigere Netzausbaukosten erzielen, so die Studienergebnisse. Zwei untersuchte Szenarien – wirtschaftlich optimiertes und netzfreundliches Laden – zeigen geringere Spitzenlasten und eine bessere Integration dezentraler PV-Anlagen. Allerdings sei der Effekt stark standortabhängig.

Darum steckt bidirektionales Laden in der Nische

Die Fraunhofer-Studie hebt hervor, dass die Potenziale von V2G derzeit durch fehlende Standardisierung, mangelnde Marktanreize und regulatorische Hürden eingeschränkt werden. In Deutschland sind zentrale Hürden die unzureichende Smart-Meter-Abdeckung, fehlende Marktteilnahme-Optionen für Speicher und Abgaben auf rückgespeisten Strom beziehungsweise dessen fehlende Befreiung.

Bidirektionales Laden wird auch eines der „Top-Themen auf den Messeforen von The smarter E Europe“ sein, so der Messeveranstalter Solar Promotion. In sieben Sessions, fünf davon auf dem „Power2Drive“ Forum, werden verschiedene Aspekte der Vehicle-to-X-Technologien vorgestellt und diskutiert. Zudem bieten die Veranstalter an allen drei Messetagen geführte Rundgänge an, bei denen Branchenexperten gezielte Einblicke in Technologien, Geschäftsmodelle und die nächsten Schritte auf dem Weg zur Integration von Vehicle-to-Grid & Co geben.

Die The smarter E

The smarter E Europe findet in diesem Jahr vom 7. bis 9. Mai in München statt; sie vereint als Messeallianz für die Energiewirtschaft vier Fachmessen – Intersolar Europe, EES Europe, Power 2 Drive Europe und EM-Power Europe. Die Teilmesse Power 2 Drive rückt an den Messetagen die Ladeinfrastruktur als Schlüsselkomponente der Energiewende in den Mittelpunkt. Unter dem Leitthema „Charging the Future of Mobility“ zeigt die Messe die zunehmende Relevanz bidirektionaler Ladeanwendungen für den Strommarkt.

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Durchschnittlicher Zuschlagswert für PV-Freifläche sinkt



Quelle: Shutterstock / Bilanol

PHOTOVOLTAIK. Die Investitionsbereitschaft in Solarparks scheint hierzulande weiter hoch zu sein. Bei der jüngsten Ausschreibungsrunde für PV-Freiflächenanlagen zeigen sich sinkende Zuschlagswerte.

Die Ausschreibungsrunde für PV-Freiflächenanlagen zum Gebotstermin 1. März war deutlich überzeichnet, und damit sind die Zuschlagswerte weiterhin niedrig. Von den 420 eingereichten Geboten mit einem Volumen von 3.839 MW wurden 271 Gebote mit einem Umfang von 2.638 MW bezuschlagt. Die ausgeschriebene Leistung von 2.625 MW war also um fast die Hälfte überzeichnet. Es wurden 35 Gebote vom Verfahren ausgeschlossen.

Die im Gebotspreisverfahren ermittelten Zuschlagswerte schwanken zwischen 3,99 Cent/kWh und 4,88 Cent/kWh. Der durchschnittliche mengengewichtete Zuschlagswert liegt in dieser Runde bei 4,66 Cent/kWh und damit unterhalb des Niveaus der Vorrunde mit 4,76 Cent/kWh.

Das mit weitem Abstand größte Zuschlagsvolumen entfiel wie in den vorherigen Ausschreibungsrunden auf Gebote in Bayern (607 MW, 85 Zuschläge), gefolgt von Standorten in Brandenburg (367 MW, 24 Zuschläge) und Niedersachsen (315 MW, 31 Zuschläge).

„Die Ausschreibung ist weiterhin von einer hohen Beteiligung geprägt; das Wettbewerbsniveau ist unverändert hoch“, kommentierte Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur. Die Entwicklung werde von der Bundesnetzagentur begrüßt, da diese Anlagen steuerbar seien und sich ihre Einspeisung an der marktlichen Nachfrage nach Strom orientieren würden.

BSW Solar warnt vor Innovationsstau

Der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) rechnet mit einer weiterhin deutlichen Überzeichnung der Ausschreibungen. An die Bundespolitik appellierte der Fachverband daher, in den ersten 100 Tagen nach Aufnahme der Regierungsgeschäfte den Zugang zum Stromnetz weiter zu vereinfachen. Dadurch ließen sich laut BSW Solar weitere Kostensenkungen erreichen. Die Verfahren für Projektierer seien oft zu kompliziert und intransparent. Notwendig sei auch ein Recht auf innovative gemeinsame Netzanschlüsse verschiedener Kraftwerks- und Speichertechnologien.

In diesem Zusammenhang warnt der BSW-Solar unter anderem vor einem Zementieren fossiler Kraftwerkskapazitäten und vor einer Verschlechterung der Investitionsbedingungen für erneuerbare Energien im Wärmesektor im Zusammenhang mit der geplanten „Abschaffung“ - so der BSW-Solar sinngemäß - des „Heizungsgesetzes“ (Gebäudeenergiegesetz).

Der Branchenverband BSW Solar hat zudem angekündigt, eine Einschätzung zur weiteren Branchenentwicklung nach der Bundestagswahl auf der kommenden Messe The Smarter E in München abgeben zu wollen.

Die The smarter E

The smarter E Europe findet in diesem Jahr vom 7. bis 9. Mai in München statt; sie vereint als Messeallianz für die Energiewirtschaft vier Fachmessen – Intersolar Europe, EES Europe, Power 2 Drive Europe und EM-Power Europe.

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Rauf und runter wie lange nicht



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

STROMPREISE. Die ersten vier Monate des Jahres haben dem Stromhandel ungewöhnlich viele Preisextreme beschert. Während 119 Stunden stellte sich am Day-Ahead-Markt ein Minuszeichen ein.

Was für ein Tag für Stromeinkäufer: Von 10 bis 17 Uhr war der Day-Ahead-Börsenstrompreis am 27. April, einem Sonntag, negativ. Zwischen 12 und 15 Uhr lag der Preis laut der Smard-Plattform der Bundesnetzagentur sogar unter minus 100 Euro. Insgesamt bescherte der April dem Stromhandel 75 Stunden mit negativen Preisen. Das waren fast doppelt so viele wie im gleichen Monat vor einem Jahr.

Der Energieanbieter Naturstrom zählte für die ersten vier Monate dieses Jahres 119 Stunden mit Minus-Vorzeichen am Day-Ahead-Markt, 37 Stunden mehr als von Januar bis April 2024. Auch die Preisausschläge in die andere Richtung häuften sich. Laut Auswertung von Naturstrom überschritt die Amplitude an 66 Stunden die Marke von plus 200 Euro/MWh. Vergangenes Jahr stieg der Börsenpreis im gleichen Zeitraum lediglich während einer Stunde so hoch.

Den Tiefstwert im ersten Jahresdrittel beziffert der Energieanbieter auf minus 130 Euro pro Megawattstunde, das Maximum lag bei plus 583 Euro. Im Vorjahreszeitraum reichte der Day-Ahead-Preis von minus 65 bis plus 205 Euro/MWh. Im Durchschnitt kletterte er von rund 66 auf 103 Euro.

Preisrutsch dank Erneuerbaren

Nahezu gleich blieb die Zahl der Stunden, in denen der Strom weniger als 30 Euro kostete. An insgesamt 315 Stunden war das laut Erhebung der Fall – etwa 10 Prozent der gesamten Handelszeit.

Im April sank der Großhandelspreis an der Epex-Spot-Börse auf durchschnittlich 78 Euro/MWh. Diesen Wert errechnet der Energieanbieter Rabot Energy. Das ist der niedrigste Wert der vergangenen acht Monate, wie das Unternehmen betont.

Im März hatte der durchschnittliche Spotmarktpreis laut Transparenzplattform der Übertragungsnetzbetreiber noch 94,73 Euro/MWh betragen. Im Februar lag er bei 128,53 Euro, im Januar bei 114,14 Euro.

Ausschlaggebend für den Preisrutsch im April war der Anstieg der Erneuerbaren-Einspeisung. Der Grünstrom-Anteil machte im April 56 Prozent aus, im März betrug er erst 49 Prozent, im Februar 43 Prozent.

Mittags unter 10 Euro

Solarstrom steuerte im April laut der Analyse 23 Prozent zum Strommixes bei, Windenergie aufgrund mäßigen Windes nur 20 Prozent. In der Vergangenheit hatte Windkraft vor Photovoltaik gelegen.

Im Tagesverlauf lag der Strompreis zwischen 12 und 14 Uhr im Schnitt unter 10 Euro/MWh. Nachts, zwischen 0 und 4 Uhr, kostete Strom durchschnittlich zwischen 80 und 90 Euro/MWh. Um 7 Uhr stieg der Preis auf 120 Euro, der Höchstwert am Abend wurde gegen 20 Uhr erreicht und belief sich auf 140 Euro.

// VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Prognose 2025: Sonnenstrom überholt Braunkohle



Quelle: Shutterstock / PopTika

REGENERATIVE. Der Solarausbau in Deutschland schreitet voran. Sehr beliebt sind Solarpaneele für den heimischen Balkon, auch wenn deren Anteil an der Gesamtstromproduktion gering ist.

Deutschlands gut fünf Millionen Solaranlagen werden in diesem Jahr voraussichtlich erstmals mehr Strom produzieren als die Braunkohlekraftwerke. Der Branchenverband BSW Solar rechnet für dieses Jahr mit dem Netzanschluss neuer Solaranlagen mit einer Leistung von insgesamt 17.500 MW.

Da die Stromerzeugung aus Braunkohle bereits im vergangenen Jahr nur noch knapp vor der Sonnenenergie lag, dürfte der Kohlestrom Ende des Jahres einen geringeren Anteil haben. „Sauberer Solarstrom wird 2025 voraussichtlich die Braunkohle bei der heimischen Stromerzeugung überholen“, sagte Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des BSW Solar.

Balkonsolar besonders gefragt

Nach Zahlen des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) produzierten die Braunkohlekraftwerke im vergangenen Jahr 72,8 Milliarden kWh Strom, die Solaranlagen mit 72,6 Milliarden kWh nur geringfügig weniger. Prozentual entsprach das einem Braunkohle-Anteil von 15,61 Prozent an der deutschen Nettostromerzeugung, Sonnenstrom lag demnach bei 15,57 Prozent.

Der Bundesverband rechnet vor allem bei den Balkonsolaranlagen mit weiterem rasantem Wachstum, allerdings liegt deren Anteil an der Gesamtstromproduktion nur bei etwa einem Prozent. Nach Schätzung des BSW Solar sind in der Bundesrepublik derzeit Solaranlagen mit einer Gesamtleistung von rund 105.000 MW in Betrieb. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

🔧 TECHNIK



Das Rheinhafen-Dampfkraftwerk Karlsruhe im Rheinhafen. Quelle: EnBW / Daniel Maier-Gerber

EnBW will auch in Karlsruhe Gasblock bauen

ENERGIEERZEUGUNG. EnBW will in Karlsruhe ein Gaskraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung errichten. Der Gemeinderat hat dafür einen Grundsatzbeschluss zur politischen Unterstützung gefasst.

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG kündigt an, an ihrem Hauptsitz Karlsruhe ein neues Gas- und Dampfturbinenkraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung zu errichten. Der Karlsruher Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 29. April einem Grundsatzbeschluss zur Unterstützung dieses Vorhabens zugestimmt. Damit sei ein wichtiger politischer Schritt für das Projekt am Rheinhafen-Dampfkraftwerk Karlsruhe – kurz RDK – getan, wie das Unternehmen am 30. April bekannt gab.

Geplant ist der Bau einer wasserstofffähigen, hochflexiblen Anlage mit einer elektrischen Leistung von rund 850 MW und einer thermischen Fernwärmeleistung von 220 MW. Sie soll das bisherige Steinkohlekraftwerk am Standort – bekannt unter dem Namen „RDK 8“ – ersetzen. Der Neubau läuft unter dem Namen „RDK 9“ und soll dazu beitragen, über die Wärmeversorgung in Karlsruhe hinaus die Stromversorgung in Süddeutschland zu sichern – besonders vor dem Hintergrund des Kohleausstiegs und der schwankenden Einspeisung aus Erneuerbaren.

Laut Michael Class, Leiter Erzeugung Portfolioentwicklung bei der EnBW, ist der Süden Deutschlands besonders auf zusätzliche auch nach oben regelbare Leistung angewiesen: „Gerade im Südwesten benötigen wir dringend rund 6.500 MW an steuerbaren Stromerzeugungsanlagen, um die Energiewende umzusetzen.“ Die politische Rückendeckung durch den Karlsruher Gemeinderat bezeichnet er als „wichtiges Signal“ für den Standort.

Investitionsentscheidung steht noch aus

Ob das Projekt tatsächlich umgesetzt wird, hängt laut dem Energiekonzern wesentlich vom politischen und regulatorischen Rahmen auf Bundesebene ab. Denn eine Anlage dieser Größenordnung könne sich nicht allein über den Strommarkt refinanzieren, so Class. Vielmehr sei eine Unterstützung durch den Bund notwendig – etwa im Rahmen einer Kapazitätsauktion für neue Gaskraftwerke, wie sie von der Bundesregierung geplant ist. Eine solche Ausschreibung erwartet EnBW fürs Jahr 2026.

Im Zuge dieses Wettbewerbs müsste sich das Vorhaben in Karlsruhe gegen andere Projekte in Deutschland durchsetzen. Details zur technischen Ausgestaltung des neuen Kraftwerks – etwa zur konkreten Konfiguration der Turbinen – will das Unternehmen mit Blick auf den Wettbewerb derzeit noch nicht bekannt geben. Zugleich unterstreicht die EnBW die Bedeutung von Transparenz und Beteiligung: Die Öffentlichkeit soll frühzeitig informiert und in das Verfahren einbezogen werden. Zudem kündigt das Unternehmen den förmlichen Genehmigungsantrag für einen nicht näher detaillierten späteren Zeitpunkt an, an dem die Planungen weiter fortgeschritten sind.

Auch mit der Stadt Karlsruhe will die EnBW eigenen Angaben nach in engem Austausch bleiben. Die Kommune begleitet das Projekt nicht nur politisch, sondern dürfte auch im Hinblick auf die geplante Fernwärmeauskopplung eine wichtige Rolle spielen. Eine solche Nutzung der Abwärme erhöht die Effizienz der Anlage und trägt zur lokalen Wärmewende bei.

Teil eines umfassenderen Umbaus

Das Vorhaben in Karlsruhe ist Teil einer umfassenderen Strategie der EnBW zum Umbau ihrer Erzeugungsstandorte. Bereits in Stuttgart-Münster hat das Unternehmen im April 2025 ein erstes wasserstofffähiges Gaskraftwerk offiziell in Betrieb genommen. In Altbach/Deizisau und Heilbronn – ebenfalls in Baden-Württemberg – sind derzeit Umrüstungen von bestehenden Kohlekraftwerken zu H₂-ready-Gasanlagen im Gange. Grundlage dieser Vorhaben sind laut EnBW die bestehenden Fördermechanismen im Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz.

Die drei laufenden oder bereits umgesetzten Projekte umfassen zusammen eine Leistung von 1.500 MW und ein Investitionsvolumen von 1,6 Milliarden Euro. Ziel sei es, diese Anlagen perspektivisch vollständig mit Wasserstoff betreiben zu können. In Kombination mit einer hohen Flexibilität sollen sie eine zentrale Rolle im zukünftigen Energiesystem übernehmen – als Ergänzung zu Wind- und Solarstrom und zur Sicherstellung der Netzstabilität.

Wie rasch die Umsetzung in Karlsruhe konkret voranschreiten kann, bleibt vorerst offen. Der Grundsatzbeschluss des Gemeinderats bedeutet noch keinen Baubeschluss, sondern ist eher eine politische Willensbekundung. Die weiteren Schritte hängen von der Ausgestaltung der künftigen Förderbedingungen auf Bundesebene ab, so der Energiekonzern. // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Agorameter liefert Stromdaten zu 22 Netzzonen



Quelle: E&M / Jonas Rosenberger

STROMNETZ. Der Thinktank Agora Energiewende hat sein Analysewerkzeug „Agorameter“ erweitert. Es umfasst nun auch die Effekte regionaler Preissignale an 22 Netzknoten auf den Day-Ahead-Markt.

Auf der Basis tagesaktueller Angebots- und Verbrauchsdaten zeigt das Agorameter der gleichnamigen Denkfabrik aus Berlin ab sofort auch die Effekte regionaler Preissignale an 22 Netzknoten in Deutschland. Damit will Agora Energiewende verdeutlichen, um wie viel günstiger Strompreise bei regionalem Ausgleich sein könnten.

Laut Agora sei ein differenzierteres Marktdesign notwendig, um die Versorgungssicherheit langfristig zu sichern und die Kosten für die Verbraucher zu senken. Die Einführung lokaler Preise könnte demnach ein

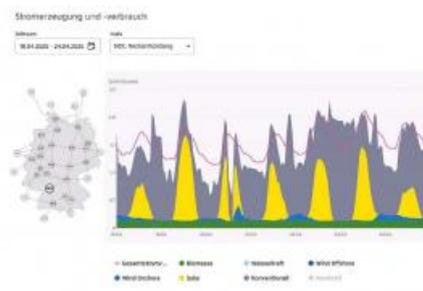
zentraler Baustein für ein kosteneffizientes und klimaneutrales Energiesystem in Deutschland sein. Das forderte die Denkfabrik in einer am 24. April vorgestellten Studie, die gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik (IEE) erstellt wurde (wir berichteten).

Bidding Zone Review der Entsoe

Anlass war die Veröffentlichung des sogenannten „Bidding Zone Review“, in dem die europäischen Übertragungsnetzbetreiber (Entsoe) Vorschläge zur Weiterentwicklung der Gebotszonen vorlegten. Die neue Analyse der Agora modelliert auf Basis realer Strommarktdaten ein alternatives System mit bis zu 22 regionalen Preiszonen, sogenannten „Hubs“. Das Ergebnis: Lokale Preise könnten imhundert Nachfrager besser in Einklang bringen, das Stromnetz effizienter auslasten und so Redispatch-Eingriffe deutlich reduzieren.

Im neuen Agorameter lassen sich an 22 Netzzonen in Deutschland Erzeugung, Nachfrage, Netzauslastung, Stromquelle und Preise stundengenau ablesen. In einem Strommarktsystem, das auf lokalen Preisen basiert, würde ein Großteil der Verbraucher von niedrigeren Strompreisen profitieren, so die Agora-Studie. Die

Preiszone wurden unter Verwendung der realen Strommarktdaten für die Jahre 2019 bis 2023 durchgerechnet. „Im Untersuchungszeitraum war der durchschnittliche lokale Strompreis in jedem Jahr geringer als der einheitliche Strompreis inklusive Redispatchkosten“, so die Studie.



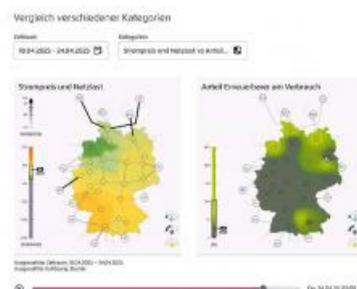
Stromerzeugung und Verbrauch am Knoten Neckarmündung vom 18. bis 24. April 2025

(Für Vollansicht bitte auf das Bild klicken)

Quelle: Agorameter

Ergebnisse lokaler Stromabgleiche

Im letzten untersuchten Jahr 2023, wären demnach in 18 von 22 lokalen Preiszonen die Preise um bis zu 33 Euro pro Megawattstunde geringer gewesen als im derzeitigen System mit einer einheitlichen Preiszone. Die Preissteigerungen in den übrigen vier Zonen lagen bei unter 2 Euro pro Megawattstunde. Deutschlandweit lag der Kostenvorteil 2023 im Durchschnitt bei 6 Euro pro Megawattstunde.



Strompreis und Netzlaster am 24. April 2025 um 2 Uhr morgens

(Für Vollansicht bitte auf das Bild klicken)

Quelle: Agorameter

Im Zuge einer solchen Preiszonenaufteilung würden laut Agora zwar die Markterlöse für Erzeuger sinken – insbesondere die der Windenergie im Norden, die dann lokal zu niedrigeren Preisen verkauft werden müsste. Hierdurch stiege dann der Zuschussbedarf über das EEG-Konto.

Allerdings zeigten die Berechnungen, dass die betrachteten energiewirtschaftlichen Effizienzgewinne bereits in den vergangenen Jahren den steigenden Förderbedarf leicht übertrafen. Zusätzlich würde das System Anreize für einen am Verbrauch ausgerichteten, netzdienlichen Ausbau von Erzeugungskapazitäten setzen - vornehmlich in den großen Verbrauchsregionen des Südens.

Das **Agorameter** steht kostenlos im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Fotolia / Photo-K

Auch Macquarie soll Smart Meter für Octopus finanzieren

VERTRIEB. Octopus Energy hat mit dem australischen Investmenthaus Macquarie den zweiten sogenannten Meter Asset Provider gewonnen. Und legt einen neuen Endkundertarif auf.

Am 30. April hat Octopus Energy die Unterzeichnung einer Absichtserklärung bekannt gegeben, nach der Macquarie die Finanzierung und Beschaffung von Smart Metern für den Energie- und Messdienstleister übernehmen wird. Damit wird das australische Investmenthaus die Rolle eines Meter Asset Providers übernehmen.

Macquarie ist der zweite Kooperationspartner in dieser Funktion in Deutschland. Im Februar hatte Octopus die Zusammenarbeit mit dem Infrastruktur-Dienstleister Calisen publik gemacht. Der internationale Eigentümer, Betreiber und Verwalter von Energieinfrastruktur-Assets werde die Finanzierung der intelligenten Messsysteme (iMSys) von Octopus Energy übernehmen, hieß es damals. Damit werde ein neues Marktsegment geschaffen, eben das des Meter Asset Providers.

Das Modell sei in Deutschland noch nicht verbreitet, in anderen Ländern dagegen längst etabliert, hieß es in einer Mitteilung von Octopus. Etabliert ist jedoch die Zusammenarbeit des Unternehmens mit beiden Meter Asset Providern im Vereinigten Königreich. Octopus verweist auf eine langjährige Kooperation in Großbritannien. Dort sei Macquarie auch einer der größten unabhängigen Meter Asset Providers mit einem Portfolio von mehr als 10 Millionen Smart Metern. Diese Erfahrung werde dazu beitragen, den Rollout in Deutschland zu beschleunigen.

Octopus Energy ist wettbewerblicher Messstellenbetreiber (wMsb) und neben Rabot Charge, Tibber und Ostrom auch Mitglied der Smart Meter Initiative (SMI). Diese Unternehmen bezeichnen sich als digitale Ökostrom-Anbieter und hatten im Januar 2024 angekündigt, im Rahmen der SMI den Rollout intelligenter Messsysteme gemeinsam mit grundzuständigen Messstellenbetreibern (gMsb) voranzubringen. Hintergrund sind die Produktportfolien der Unternehmen, die stark auf flexible beziehungsweise dynamische Tarife setzen, welche zum Teil den Einsatz eines intelligenten Messsystems voraussetzen.

Tarif mit Bestpreis-Versprechen

Kurz vor der Mitteilung über die Kooperation mit Macquarie hatte Octopus Energy einen neuen Endkundentarif bekanntgegeben. Dieser werde den Kundinnen und Kunden über einen Zeitraum von fünf Jahren jedes Jahr „den besten Preis“ sichern, verspricht der Anbieter. Einmal abschließen und sich dann um nichts mehr kümmern müssen – so die Werbebotschaft von Octopus.

Es handle sich allerdings nicht um eine klassische Preisgarantie für fünf Jahre, teilt der Versorger mit. Der Tarif beziehe sich auf „jährliche Konditionen“, die von Octopus alle zwölf Monate geprüft werden. Sollte es eine günstigere Alternative im eigenen Tarifgefüge geben, werde Octopus die Differenz den Kundinnen und Kunden erstatten.

Weiteres Versprechen: Kein Anlocken und Abzocken

Der Tarif enthalte beispielsweise keine Startboni oder andere Bestandteile einer „Anlocken-und-Abzocken“-Strategie, nach deren Auslaufen der Preis drastisch in die Höhe schnelle. Entsprechend würden lediglich Marktschwankungen zu Änderungen führen, was „maximale Transparenz und Fairness“ garantiere. Der Anbieter betont, es bestehe keine fünfjährige Vertragsbindung. Der Tarif könne nach dem ersten Jahr monatlich gekündigt werden.

Laut Paragraf 309 BGB darf ein Verbrauchervertrag mit einer regelmäßigen Erbringung von Dienst- oder Werkleistungen keine bindende Laufzeit von mehr als zwei Jahren haben. Eine stillschweigende Verlängerung - wie in vielen AGB vorgesehen - ist allerdings grundsätzlich zulässig. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

Teag hält 2024 Umsatz und Dividende stabil



Quelle: Kurhan, Fotolia

BILANZ. Der Regionalversorger Thüringer Energie AG hat 2024 trotz politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen seine Investitionen erhöht. Die jüngste Kapitalerhöhung ist nicht die letzte

Der kommunale Energieversorger Teag, mit Sitz in Erfurt, vermeldet für das Geschäftsjahr 2024 einen Abschluss mit stabilen Ergebnissen. Und dies trotz angespannter politischer und energiewirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

Wie die Teag am 30. April mitteilte, stieg zwar das operative Ergebnis gegenüber 2023, der für die Dividende maßgebliche Jahresüberschuss allerdings sank etwas, und zwar auf 76 Millionen Euro (Details siehe Tabelle unten). Die Dividende an die kommunalen Anteilseigner - Gebietskörperschaften in Thüringen und die Thüga - bleibt unverändert. Beim Gesamtumsatz von 3,1 Milliarden Euro erhöhte sich der Stromanteil um 6,4 Prozent auf knapp 2,4 Milliarden Euro.

Im Privatkunden-Geschäft blieb der Absatz mit 946 Millionen kWh konstant, obwohl die Zahl der Kunden weiter stieg. Auch beim Erdgasabsatz meldete die Teag eine weitgehend stabile Entwicklung: Die Gesamtmenge lag bei 6,62 Milliarden kWh. Im Privatkunden-Segment fiel der Verbrauch wetterbedingt und infolge eines sparsameren Nutzungsverhaltens um etwa 260 Millionen kWh. Der Umsatzanteil von Erdgas verringerte sich auf 562 Millionen Euro.

Vor allem Ausbau der Energie- und Telekommunikationsnetze

Die Investitionen der Teag stiegen im vergangenen Jahr deutlich auf 314 Millionen Euro. Ein Schwerpunkt lag auf dem Ausbau der Energie- und Telekommunikationsnetze: 183 Millionen Euro flossen in Strom- und Glasfaserprojekte. Eines der größeren Einzelvorhaben ist der Komplettumbau des Umspannwerks im ostthüringischen Weida, der bis 2028 realisiert sein soll. Die Investitionssumme dafür beziffert die Teag mit 18 Millionen Euro.

Für den Zeitraum bis 2028 plant die Teag, weitere 1,1 Milliarden Euro in den Ausbau ihrer Infrastruktur zu investieren. Diese Mittel sollen unter anderem über Darlehen von neun deutschen und europäischen Banken – darunter die Europäische Investitionsbank (EIB) – sowie durch zusätzliches Eigenkapital bereitgestellt werden. In einem ersten Schritt haben die kommunalen Anteilseigner bereits 200 Millionen Euro in das Eigenkapital der Teag eingebracht.

Bei der Vorstellung der Bilanzzahlen erklärte Vorstandschef Stefan Reindl, dass der Umbau der Energieversorgung ungeachtet politischer Unsicherheiten voranschreite.

Die Teag will nach eigenen Angaben ihren Kurs fortsetzen und in den kommenden Jahren gezielt in Versorgungssicherheit, Netzstabilität und Digitalisierung investieren. Der Fokus liege dabei auf einem zukunftsfähigen Energie- und Telekommunikationsnetz in kommunaler Hand.

Das Geschäftsjahr 2024 der Teag (Unternehmensangaben)

	2024	2023	Veränderung
Umsatz	3,1 Milliarden Euro	3,1 Milliarden Euro	keine
Ebitda	265,1 Millionen Euro	251 Millionen Euro	+ 5,5 %
Jahresüberschuss	76 Millionen Euro	81 Millionen Euro	-6,2 %
Stromabsatz	8,33 Milliarden kWh	8,33 Milliarden kWh	keine
Gasabsatz	6,62 Milliarden kWh	6,62 Milliarden kWh	keine
Investitionen	314 Millionen Euro	274 Millionen Euro	+ 14,6 %

Quelle: Teag // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Powercloud-Mutter weiter auf Einkaufstour in Baden



Quelle: Pixabay / Photo Mix

WIRTSCHAFT. Der neue australische Mutterkonzern des auf Abrechnungssoftware spezialisierten IT-Dienstleisters Powercloud hat Softwarelizenzen des Karlsruher Unternehmens Conuti erworben.

Das australische IT-Unternehmen Hansen Technologies übernimmt nach eigenen Angaben für einen Betrag von bis zu 7,5 Millionen Euro Softwarelizenzen und Vermögenswerte von Conuti. Das Karlsruher Softwarehaus entwickelt IT-Lösungen für die Energiewirtschaft und arbeitet seit Längerem mit dem Unternehmen Powercloud aus dem badischen Achern zusammen. Powercloud war im Februar 2024 von Hansen Technologies übernommen worden.

Wie Conuti mitteilt, sind Gegenstand des jetzigen Deals die „powerAPPs“ und „powerdata-APPs“. Zudem sei eine Nutzungslizenz für die „Maco APP“ im Rahmen des Powercloud-ERP-Systems eingeräumt worden (Enterprise Resource Planning). Darüber hinaus seien die zugehörigen Services – von Implementierung über Betrieb bis hin zu Supportleistungen – im Zusammenhang mit dem Produkt Powercloud an Hansen übertragen worden, heißt es.

Die Entwicklungsstrategie von Conuti

Conuti will sich künftig unter anderem auf Lösungen für Kundenservice sowie energiewirtschaftliche elektronische Marktkommunikation (Mako) und Abrechnung sowie auf die Entwicklung „backendunabhängiger“ KI-Anwendungen für den Energiesektor konzentrieren.

Thüga wechselte beim TAP-Projekt den Partner

Powercloud hatte 2021 und 2022 rote Zahlen geschrieben. 2024 kam es Entlassungen und einem Einschnitt ins Produktportfolio. Betroffen war die Lösung „powercloud.flex“. Zu den betroffenen Kunden gehörte die Thüga. Das Stadtwerke-Netzwerk hatte mit Unterstützung des Beratungsunternehmens Accenture mit der Entwicklung einer Abrechnungsplattform mit dem Akronym TAP begonnen, Kern sollte die Powercloud-Lösung werden. Für eine Lösung ohne „powercloud.flex“ zeigte sich die Thüga damals grundsätzlich offen. Eine abschließende Beurteilung wolle man aber „nach Kenntnis der weiteren Details vornehmen“, hieß es.

Anfang April dieses Jahres teilte die für die Thüga-Abrechnungsplattform (TAP) verantwortliche Steuerungsgesellschaft mit, dass Accenture als Generalunternehmer nun auf SAP für den Kern der Plattform setzt (wir berichteten). „Unsere Plattform steht nun vor entscheidenden nächsten Schritten und wird bis Ende des Jahres sukzessive in insgesamt sechs Entwicklungsblöcken zu der bislang einzigen Komplettlösung für den deutschen Energiemarkt“, sagte Patrick Frontzek, einer der beiden Geschäftsführer der TAP Steuerungsgesellschaft. // **VON MANFRED FISCHER**

[^ Zum Inhalt](#)

Sefe zahlt 450 Millionen Beihilfen an Bund zurück



Quelle: Shutterstock / Michal Bednarek

GAS. In der Energiekrise 2022 musste der Gas-Großhändler Sefe mit staatlichen Milliarden am Leben gehalten werden. Auch Sefe ist verpflichtet, Gelder zurückzuzahlen.

Das im Zuge der Energiekrise verstaatlichte Gashandels-, Gasspeicher- und Transportunternehmen Sefe (Securing Energy for Europe) hat weitere rund 450 Millionen Euro Beihilfen an Deutschland zurückgezahlt. Damit habe man insgesamt rund 725 Millionen Euro an die Bundesrepublik zurücküberwiesen, teilte Sefe in Berlin mit. Bereits im vergangenen Jahr waren 275 Millionen Euro an den Bund geflossen.

Sefe hieß früher Gazprom Germania und war eine Tochter des russischen Staatskonzerns Gazprom. Als Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der Energiekrise wurde das Unternehmen verstaatlicht. Das Unternehmen ist einer der größten Gasimporteure Deutschlands.

Bund hatte Sefe mit 6,3 Milliarden Euro unterstützt

Nach der Einstellung der russischen Pipeline-Gaslieferungen 2022 musste das Unternehmen teure Ersatzlieferungen beschaffen, um die Gasversorgung von Industriekunden und Stadtwerken aufrechtzuerhalten. Um Sefe dies zu ermöglichen, genehmigte die EU-Kommission im Dezember 2022, dass der Bund 6,3 Milliarden Euro zusätzliches Eigenkapital in die Gesellschaft einbringt. Gleichzeitig wurde Sefe zu Rückzahlungen verpflichtet.

Diese sind weiter nicht abgeschlossen. Eine weitere Ausschüttung sei für 2026 vorgesehen, teilte das Unternehmen auf Anfrage mit. „Die genaue Höhe hängt vom Geschäftsergebnis ab“, hieß es.

Reprivatisierung ist eine EU-Auflage

Die EU-Kommission hatte auch bestimmt, dass der Bund Sefe bis Ende 2028 wieder weitgehend privatisieren muss. Sefe beliefert nach eigenen Angaben mehr als 50.000 Kunden, von kleinen Unternehmen bis hin zu Stadtwerken und multinationalen Konzernen. Weltweit beschäftigt der Energiekonzern rund 2.000 Menschen.

Auf ähnliche Weise war in der Energiekrise auch Deutschlands größter Gashändler Uniper gerettet worden. Auch Uniper hat hohe Summen an den Staat zurückgezahlt. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Wien Energie: Einer der Chefs wiederbestellt



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

PERSONALIE. Der technische Geschäftsführer des Kommunalversorgers Wien Energie, Karl Gruber, tritt mit März 2026 seine dritte Funktionsperiode an. Er verantwortet nach wie vor mehr als Technik.

Der technische Geschäftsführer der Wien Energie, Karl Gruber, ist für eine weitere fünfjährige Funktionsperiode bestellt worden. Das meldeten die Wiener Stadtwerke als Alleineigentümer der Wien Energie am 30. April.

Karl Gruber - nicht zu verwechseln mit dem Geschäftsführer von Verbund Wasserkraft, Karl Heinz Gruber - ist seit März 2016 Geschäftsführer des Unternehmens und durchläuft derzeit seine zweite „Amtszeit“. Sein neuer Vertrag gilt von März kommenden Jahres an. Zuständig bleibt Gruber für die Bereiche Assetentwicklung, Dekarbonisierung, Betrieb und Service, Personal- und Organisationsmanagement sowie Recht. Laut einer Aussendung ist er „eine der zentralen Persönlichkeiten bei der Umsetzung der Energiewende in Wien“.

Keine Angaben machten die Wiener Stadtwerke hinsichtlich einer allfälligen Verlängerung des Vertrags des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Wien Energie, Michael Strebl. Er hat seine Funktion seit Oktober 2016 inne. Die seinerzeitige Wiederbestellung Strebls und Grubers hatten die Wiener Stadtwerke am 12. Dezember 2020 gemeldet und beide Manager in höchsten Tönen gelobt.

Als drittes Mitglied der Geschäftsführung der Wien Energie ist seit 2. April 2024 Alma Kahler tätig. Zuständig ist sie für die Finanzen, die Vertriebs- und Marketingagenden sowie den Kundenservice.



In Verlängerung: Karl Gruber, der technische Geschäftsführer der Wien Energie, wurde für weitere fünf Jahre bestellt
Quelle: Wien Energie / Ian Ehm

// VON KLAUS FISCHER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

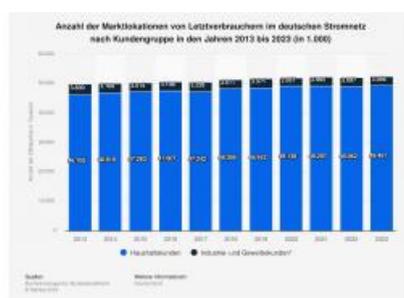
[^ Zum Inhalt](#)

Anzahl der Marktlokationen von Strom-Endverbrauchern



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



(Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken)

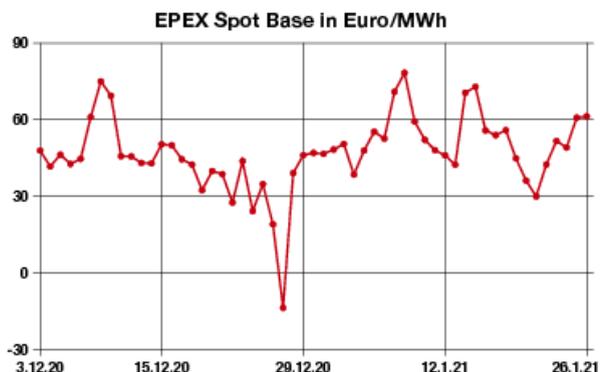
Quelle: Statista

2023 existierten 52,5 Millionen Marktlokationen von Letztverbrauchern im deutschen Stromnetz. Die Malo bezeichnet eine Energieerzeugungs- oder -verbrauchsstelle im Sinne der Stromnetz- beziehungsweise Gasnetzzugangsverordnung (StromNZV / GasNZV). // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Energiekomplex zeigt sich am Freitag im Plus



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Der Energiekomplex zeigte sich am Freitag überwiegend fester. Händler sprachen von nur geringen Handelstätigkeiten aufgrund des Brückentags nach dem 1. Mai. Die Blicke der Marktteilnehmenden waren unterdessen weiter auf den Zollkonflikt mit den USA gerichtet, wobei sich hier wieder mehr Zuversicht erkennen ließ. Die Hoffnung auf konstruktive Handelsgespräche zwischen den USA und China hat neue Nahrung erhalten und dürfte nach Einschätzung von Analysten weiter tragen. Nachdem zuletzt unklar war, ob überhaupt Gespräche zwischen beiden Seiten stattfinden, heißt es nun aus China, man erwäge Verhandlungen mit den USA, um einen Handelskrieg zu verhindern.

Strom: Durch die Bank fester hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Freitag in einem brückentagsbedingt ausgedünnten Handel gezeigt. Der Montag kostete an der Börse im Base 90,00 Euro/MWh. Der Freitag selbst war im börslichen Handel mit 58,26 Euro in der Grundlast gehandelt worden.

Die Erneuerbaren-Einspeisung dürfte den Meteorologen von Eurowind zufolge am Montag ein gutes Stück niedriger ausfallen als noch am Freitag. Dabei soll sowohl die Wind- als auch die Solarstromproduktion zurückgehen. Das US-Wettermodell sieht ab dem 4. Mai bis zum Ende des Prognosezeitraums Mitte Mai unterdurchschnittliche Windstrommengen.

Auch die Temperaturen sollen ab dem 4. Mai unter den saisonbedingten Mittelwert fallen. Zwischen dem 11. und dem 14. Mai werden wieder leicht überdurchschnittliche Werte erwartet, bevor es wieder etwas kühler werden dürfte.

Am langen Ende gewann das Cal 26 um 2,19 auf 83,35 Euro/MWh hinzu.

CO₂: Fester haben sich die CO₂-Preise im Einklang mit den Gasnotierungen gezeigt. Der Dec 25 gewann bis gegen 14 Uhr 1,66 auf 68,68 Euro/Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 16,3 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 69,10 Euro, das Tief bei 66,78 Euro. Unterstützung kam am Freitag auch durch die fehlenden Primärmarktauktionen, wie Händler sagten.

Hinzu kamen Nachrichten über Bewegung in den Zollstreitigkeiten, nachdem China seine Gesprächsbereitschaft signalisiert hatte, sowie Äußerungen des EU-Handelskommissars Maros Sefcovic.

Er sagte der *Financial Times*, dass die EU ihren Handelsstreit mit den USA lösen könne, indem sie US-Waren wie Gas und Sojabohnen im Wert von 50 Milliarden Euro kaufe. Einen Basiszoll von 10 Prozent auf europäische Importe werde man als langfristige Lösung des Handelsproblems nicht akzeptieren. Der EU-Kommissar sagte, sein Team mache mit seinen Kollegen in Washington Fortschritte auf dem Weg zu einer Einigung.

Erdgas: Fester haben sich die europäischen Gaspreise am Freitag präsentiert. Der Frontmonat am niederländischen TTF gewann um 1,15 auf 33,05 Euro/MWh hinzu. Am deutschen THE ging es für den Day-Ahead um 1,45 auf 33,90 Euro nach oben.

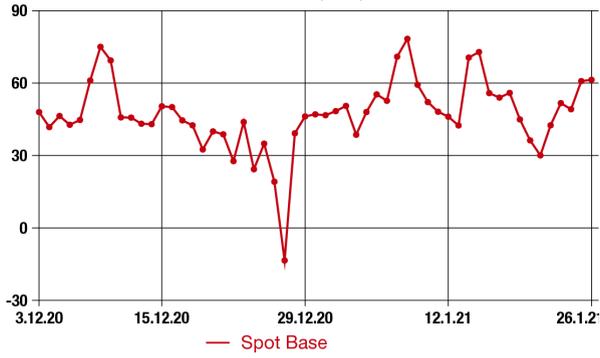
Gestützt wurden die Preise laut Marktteilnehmern kurzfristig durch die Aussicht auf kühleres Wetter. Eine signifikante Nachfragesteigerung sei aber nicht zu erwarten, sodass vieles für wieder sinkende Preise spreche, sagten Analysten mit Blick auf eine geringere LNG-Nachfrage aus Asiens sowie einen geringeren Bedarf an Gas zum Einspeichern. Die Lage an den Märkten präsentiere sich aktuell relativ entspannt, hieß es. Die EU-Gasspeicher sind zu 39,21 Prozent gefüllt, was die optimistische Einschätzung der Versorgungslage untermauert. // VON MARIE PFEFFERKORN

[^ Zum Inhalt](#)

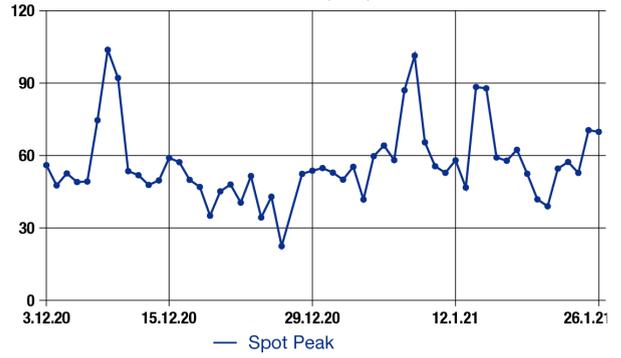
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

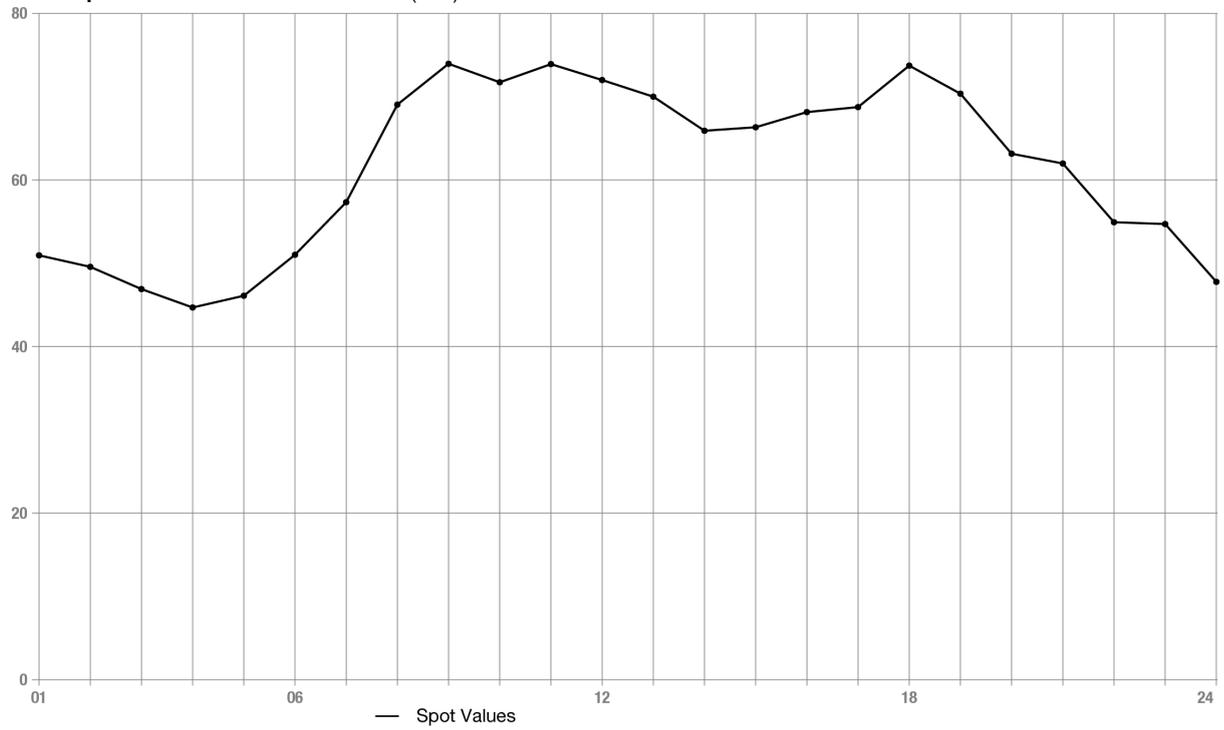
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



Strom Terminmarkt

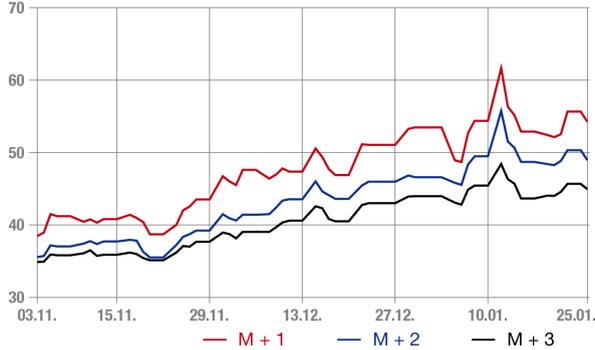
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	25.01.21	German Power Feb-2021	54,25
M2	25.01.21	German Power Mar-2021	48,95
M3	25.01.21	German Power Apr-2021	44,94
Q1	25.01.21	German Power Q2-2021	43,87
Q2	25.01.21	German Power Q3-2021	46,68
Q3	25.01.21	German Power Q4-2021	51,20
Y1	25.01.21	German Power Cal-2022	50,15
Y2	25.01.21	German Power Cal-2023	49,53
Y3	25.01.21	German Power Cal-2024	47,85

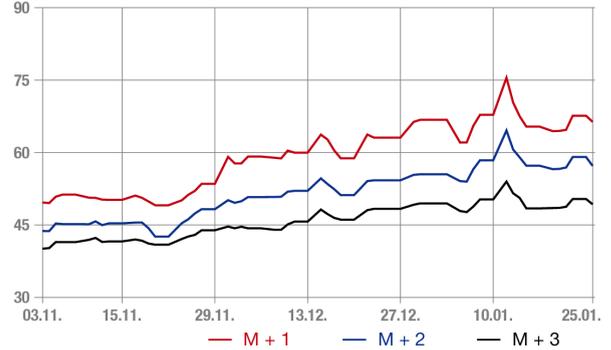
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	25.01.21	German Power Feb-2021	66,35
M2	25.01.21	German Power Mar-2021	57,23
M3	25.01.21	German Power Apr-2021	49,28
Q1	25.01.21	German Power Q2-2021	49,03
Q2	25.01.21	German Power Q3-2021	53,18
Q3	25.01.21	German Power Q4-2021	63,28
Y1	25.01.21	German Power Cal-2022	60,28
Y2	25.01.21	German Power Cal-2023	59,95
Y3	25.01.21	German Power Cal-2024	58,43

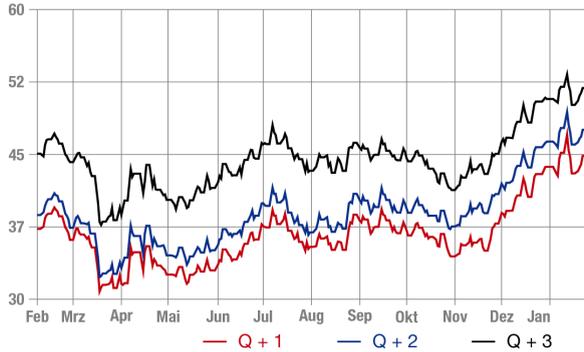
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



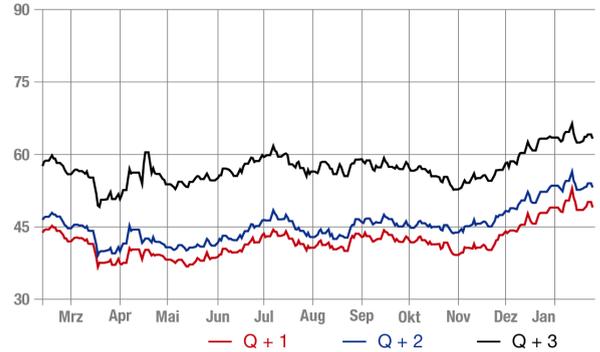
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



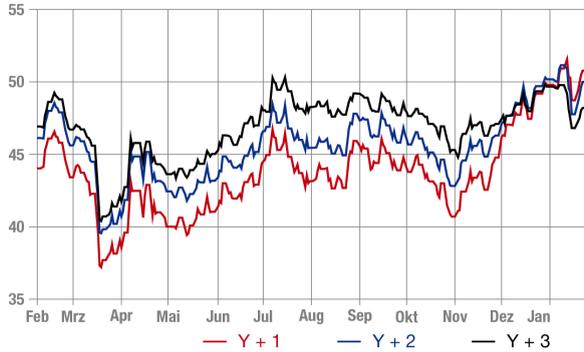
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



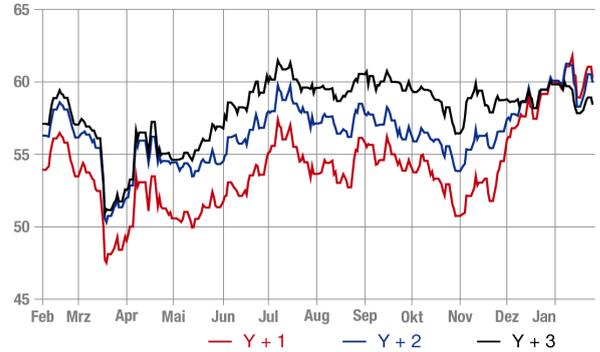
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise NCG in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	25.01.21	German NCG Gas Feb-2021	19,40
M2	25.01.21	German NCG Gas Mar-2021	18,97
Q1	25.01.21	German NCG Gas Q2-2021	17,14
Q2	25.01.21	German NCG Gas Q3-2021	16,93
S1	25.01.21	German NCG Gas Sum-2021	17,04
S2	25.01.21	German NCG Gas Win-2021	18,20
Y1	25.01.21	German NCG Gas Cal-2022	16,56
Y2	25.01.21	German NCG Gas Cal-2022	15,51

Terminmarktpreise GPL in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	25.01.21	German Gaspool Gas Feb-2021	19,26
M2	25.01.21	German Gaspool Gas Mar-2021	18,80
Q1	25.01.21	German Gaspool Gas Q2-2021	16,91
Q2	25.01.21	German Gaspool Gas Q3-2021	16,68
S1	25.01.21	German Gaspool Gas Sum-2022	16,79
S2	25.01.21	German Gaspool Gas Win-2022	18,20
Y1	25.01.21	German Gaspool Gas Cal-2022	16,56
Y2	25.01.21	German Gaspool Gas Cal-2023	15,51

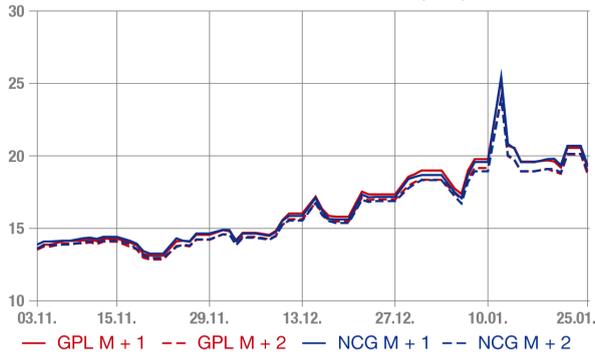
Spotmarkt NCG in Euro/MWh (EEX)



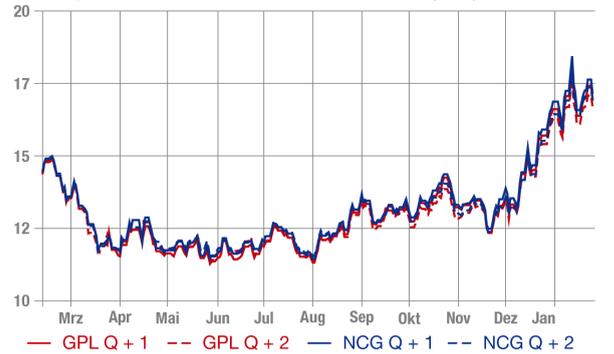
Spotmarkt GPL in Euro/MWh (EEX)



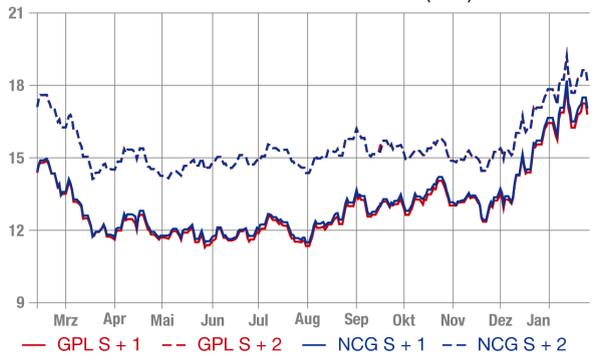
Frontmonate NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)



Frontseasons NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Professur (W 2) Solar Energy and Building Automation

Gesucht wird eine Persönlichkeit, die das Fachgebiet in Lehre sowie angewandter Forschung und Ent...
in Amberg

30.04.2025



Rohrnetzmeister im Bereich Gas/Wasser (m/w/d)

Die Stadtwerke Bad Vilbel GmbH betreibt als kommunales Versorgungsunternehmen im Querverbund ...
in Deutschland

vor 2 h

● Ausbildung



Projektentwickler Windenergie (m/w/d)

Everyday for Future! Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Solarparks erfolgreich s...
in Deutschland

vor 2 h

● Freie Mitarbeit



Elektroingenieur (m/w/d) für nationale Wind- und Solarenergieprojekte (Sofort einstellen)

Bring frischen Wind in dein Berufsleben! Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Sol...
in Potsdam

vor 2 h

● Freie Mitarbeit



Ingenieur/in Elektrotechnik (m/w/d) - Erneuerbare Energien

Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Solarparks erfolgreich seit fast 30 Jahren un...
in Potsdam

vor 2 h

● Freie Mitarbeit

[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)

Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärtner**

Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**

Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**

Korrespondenten-Kontakt: **Atousa Sendner**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.

Vielen Dank dafür!

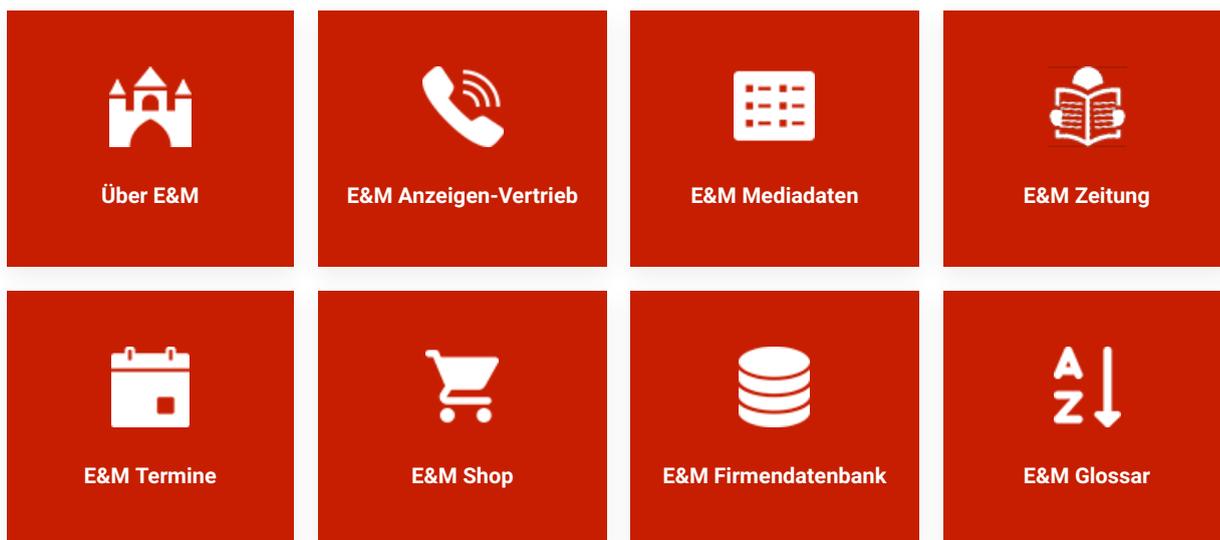
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Atousa Sendner**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Timo Sendner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2025 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:



